

Über 60.000 Menschen fordern Waffengesetz-Änderung nach Graz- Amoklauf

Über 60.000 Menschen fordern nach dem Grazer Amoklauf ein sofortiges Schusswaffenverbot in Österreich.



Nachrichten AG

Graz, Österreich - Über 60.000 Menschen haben den Online-Appell der Initiative #aufstehn für ein sofortiges Schusswaffenverbot für Privatpersonen unterzeichnet. Diese massive Unterstützung folgt einem Amoklauf in Graz, bei dem der Täter sich eine der verwendeten Schusswaffen kurz vor dem Vorfall legal erworben hatte. Die Kampagne richtet sich direkt an Innenminister Gerhard Karner sowie die österreichische Bundesregierung mit dem klaren Ziel, die Waffengesetzgebung in Österreich zu verschärfen. Laut **ots.at** gehört Österreich zu den Ländern mit den lockersten Waffengesetzen in Europa, wie Philine Dressler, die Kampagnenleiterin, feststellt.

In Österreich sind über 1,5 Millionen Schusswaffen im Privatbesitz registriert, wobei die Tendenz steigend ist. Die Kampagne fordert, dass Waffen nicht in Wohnungen, auf Straßen oder in Schulen gehören, und setzt sich weiterhin für eine umfassende Reform der Waffengesetze ein, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Hintergrund des Waffengesetzes

Das Waffengesetz in Österreich, auch bekannt als Bundesgesetz über die Waffenpolizei, trat am 1. Juli 1997 in Kraft und hat seither mehrere Änderungen erfahren. Es regelt den Umgang mit Waffen, einschließlich dem Erwerb, Besitz, Handel und der Vernichtung von Schusswaffen und Munition. Ein wichtiges Ziel des Gesetzes ist die Regelung des Waffenbesitzes in der Republik Österreich, was durch verschiedene Kategorien von Waffen erreicht wird. Insbesondere unterscheidet das Gesetz zwischen verbotenen Waffen (Kategorie A), genehmigungspflichtigen Waffen (Kategorie B) und Schusswaffen, die keiner dieser Kategorien angehören (Kategorie C). Das Gesetz wird regelmäßig aktualisiert, um neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen Rechnung zu tragen, wie z.B. den Änderungen aufgrund der Terroranschläge in Paris im Jahr 2016, die zu strengeren Regelungen für den Waffenbesitz führten **Wikipedia**.

Ein zentraler Punkt des Waffengesetzes ist die Notwendigkeit einer Waffenbesitzkarte oder eines Waffenpasses für den rechtmäßigen Erwerb und das Führen von Waffen. Für Kurzwaffen müssen Interessierte zudem einen psychologischen Test bestehen, der bei Nichtbestehen wiederholt werden kann. Unabhängig von der Art der Waffe müssen klare Regelungen zur sicheren Verwahrung beachtet werden, um Missbrauch zu verhindern.

Aktuelle Diskussion und Forderungen

Die Debatte um das Waffenrecht in Österreich wird durch die

hohe Zahl an registrierten Schusswaffen und die damit verbundenen Risiken befeuert. Die Forderung nach einem Verbot von Waffen für Privatpersonen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Auch die Diskussion über die Verfügbarkeit von halbautomatischen Gewehren, die an militärische Modelle angelehnt sind, wird neu entfacht. Diese Gewehre sind unter bestimmten Bedingungen erhältlich, benötigen aber ebenfalls eine Waffenbesitzkarte. In der Öffentlichkeit wird zudem die potentielle Gefährlichkeit von Kurz Waffen, wie der bekannten Glock 17, die bis zu 17 Schuss fasst, diskutiert. Diese Waffen sind aufgrund ihrer hohen Schussfolge und der Möglichkeit, schnell nachgeladen zu werden, besonders umstritten.

Die Debatte über das Waffenrecht in Österreich hat die Bürger mobilisiert und wird durch die tragischen Ereignisse in Graz zusätzlich an Schärfe gewinnen. Die Zukunft der Waffengesetze könnte von diesem öffentlichen Druck und den laufenden Kampagnen entscheidend beeinflusst werden. Die Unterstützung für einen klaren Wechsel in der Waffengesetzgebung könnte somit weitreichende politische Konsequenzen haben **Kurier**.

Details	
Vorfall	Waffenvergehen
Ort	Graz, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• de.wikipedia.org• kurier.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at